

Die Senioren-Union Deutschlands fordert die CDU/CSU - Fraktion im Deutschen Bundestag auf, sich in der Bundesregierung und der Koalition auf der Grundlage nachstehender Anträge und Anregungen mit Nachdruck für eine generationengerechte, stabile und nachhaltige Rentenreform einzusetzen.

## **Die Rente soll weiter sicher bleiben!**

### **I. Belebung der gesamtwirtschaftlichen Lage**

Ein solider Sozialstaat braucht eine prosperierende Wirtschaft. Eine der wesentlichen Herausforderungen für die Regierung ist die Schaffung verbesserter Rahmenbedingungen für die Entwicklung von Handwerk, Industrie, Handel und weiterer Wirtschaftszweige, um unsere Wettbewerbsfähigkeit wiederherzustellen, die Beschäftigung zu sichern und neue Arbeitsplätze zu ermöglichen. Fest steht, dies kann nicht durch weniger, sondern nur durch mehr Arbeit geleistet werden.

### **II. Erhöhung der Zahl der sozialversicherungspflichtigen Erwerbstätigen**

Vermehrte und differenzierte Anstrengungen sind notwendig, um die vorhandenen Potenziale zu heben:

- Jugendliche: Bildungsabschlüsse durch pädagogische Förderung ermöglichen, Begleitung und Beratung bei der beruflichen Orientierung, Coaching in Berufsausbildung und Berufskolleg mit dem Ziel eines früheren Eintritts in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung
- Integration von Menschen mit Migrationserfahrung durch erleichterten Einstieg in Beschäftigung beschleunigen - vom Verbot der Arbeitsaufnahme zum Gebot der Arbeitsaufnahme
- Verstärkte Vermittlung in Arbeit von Grundsicherungsempfängern
- Ausweitung der individuellen Arbeitszeit durch Aufstockung – Gezielte Ansprache und begleitende Beratung durch BA
- Beseitigung von blockierenden Faktoren (bei Mobilität, Betreuung, häuslicher Pflege)
- Längere Teilhabe am Erwerbsleben durch Sparten- oder Berufswechsel nach präventiver Beratung durch BA und staatlich geförderte Umschulungs- bzw. Weiterbildungsmaßnahmen

### **III. Weitere notwendige Maßnahmen zur Erhöhung der Zahl der Einzahlenden und der mittelfristigen Stabilisierung der Rentenversicherung:**

- Aufkommen der Einzahlungen durch Verlängerung der Beitragszahlung ausweiten -  
Durch die politisch gewollten Haltelinien für Rentenniveau und Beitragssatz bleibt neben dem früheren Eintritt in

- sozialversicherungspflichtige Beschäftigung somit als  
Änderungsmöglichkeit die Kopplung des Rentenbeginns an die  
Lebenserwartung, eine schrittweise Verlängerung der Lebensarbeitszeit.
- Keine „Zwangsverrentung“, sondern Dynamisierung des  
Renteneintrittsalters: mehr Flexibilität und Freiwilligkeit beim Übergang in  
den Ruhestand
  - Erster positiver Schritt: Aktivrente – Kosten-Nutzen-Relation zeitnah  
bewerten - Öffnung für weitere Gruppen prüfen
  - Arbeitsrechtliche Hürden bei Weiterbeschäftigung durch legislative  
Initiativen beseitigen
  - Steuerrechtliche Behandlung von Renten neu justieren  
(Doppelbesteuerung, Vertrauensschutz)
  - Prüfung zur Modifizierung der Rentenanpassung:  
Index „Lohnniveau“ für niedrige Renten (z.B. bis zur Höhe der  
Durchschnittsrente)  
Index „Inflationsrate“ neu für übrige Renten
  - Frühverrentung aus gesundheitlichen Gründen besser finanziell abfedern
  - Fehlanreize eines vorzeitigen Renteneintritts abschaffen durch Erhöhung  
der Rentenabschläge
  - Beachtung der Generationengerechtigkeit -  
Das Altersversorgungssystem und der künftige Aufwuchs des notwendigen  
Bundeszuschusses aus Steuermitteln dürfen die jüngere Generation nicht  
überfordern! Spielräume für politisches Gestalten müssen verbleiben.  
Daher: Überlegungen zur Modifizierung des Nachhaltigkeitsfaktors
  - Transparenz über Mittelzuordnung zur Stützung der Rentenversicherung  
und für versicherungsfremde Leistungen zwingend
  - Entscheidungen im Vorfeld mit den Bürgerinnen und Bürgern offen  
diskutieren
  - Aufklärung über Grenzen und Chancen der Reform, Vorurteile widerlegen,  
Rechtssprache verständlich machen

#### **IV. Langfristig wirksame Ansätze zur Reformierung der Rentenversicherung, die von einem sachlichen Dialog in und mit der Gesellschaft begleitet werden müssen:**

- Ausweitung des Kreises der Versicherten in der Breite der Gesellschaft -
- Einführung von Formen kapitalgedeckter Zusatzversorgung
- Erprobung der Frühstartrente